

Kolumne von Rudolf Strahm . für Schweiz. Gewerbezeitung SGZ,  
vom 10. Januar 2014. Seite 14.

### **Die Nullentscheid-Maschinerie**

#### **Rudolf Strahm über den Stillstand am Staatssekretariat für Bildung SBFI.**

Seit anderthalb Jahren steht im Wirtschafts- und Bildungsdepartement die Entscheidmaschine in der Bildungs- und Berufsbildungspolitik praktisch still. Und sie wird noch weit ins Jahr 2014 hinein still stehen. Denn die Verwaltung ist durch interne Reorganisationen am laufenden Band mit sich selber beschäftigt.

Mit und nach der Fusion des Staatssekretariats für Bildung mit dem ehemaligen BBT gab es ein Bouleversement total. Kein Stein blieb auf dem andern. Praktisch alle Kader sind ausgewechselt. Der letzte, verbliebene Kadernmann des BBT räumt derzeit seinen Sessel und wechselt in den Departementsstab. Jeder der neuen Chefs muss sich neu positionieren und möchte „Amerika neu entdecken“. Die Sachbearbeiter ihrerseits verwenden viel Energie darauf, nach zwei dicht aufeinanderfolgenden Reorganisationen ihre Position in der Hierarchie zu halten. Niemand entscheidet, man ist intern und mit sich selber beschäftigt.

Der Stillstand begann allerdings lange vor der Fusion von Anfang 2013. Bereits seit der Ausschreibung des Chefpostens für das neu zu bildende Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI im Februar 2012 ist der Entscheidoutput praktisch null. Niemand wollte sich vor der Wahl noch hinauslehnen.

Die erste grosse Reorganisation mit neuen Hierarchien und neuen Posten wurde bereits auf Anfang 2013 durchgezogen. Doch diese hielt nicht stand, und auf Ende 2013 wurde erneut alles umgekrempelt. Neue Chefs wurden ernannt, neue Abteilungen und Ressorts gegliedert. Und die neuen Chefs werden sich im ersten Quartal 2014 wiederum einarbeiten und neu positionieren müssen.

Man arbeitet jetzt erneut an Pflichtenheften, lässt externe Studien zu anstehenden Entscheiden erarbeiten, macht Tagungen und endlose interne Sitzungen. Dabei gäbe es dringenden Entscheidbedarf auf zahllosen Baustellen: so auf der Grossbaustelle „Höhere Berufsbildung HBB“; so bei der Vollzugsvorbereitung des neuen Organisationsmonsters des Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes HFKG; so auch bei der Klärung des kantonalen Kompetenzengewirrs bei der Ausbildung der Berufsfachschullehrer, - um nur drei Entscheidbereiche zu nennen.

### **Aufwertung der Höheren Berufsbildung HBB vertagt**

Fallbeispiel: Die Aufwertung der Höheren Berufsbildung HBB. Seit fünf Jahren ist das Thema hängig. Es geht einerseits um die Titelaufwertung durch Einführung der Bezeichnung „Professional Bachelor“ und „Professional Master“ als übergeordnete, für alle HBB gültigen Titel, und zwar als Zusatz zur bisherigen deutschen Diplombezeichnung. Eine solche Titeläquivalenz wird immer dringender, weil die Personenfreizügigkeit die schweizerischen Absolventen von Höheren Fachschulen HF, eidgenössischen Berufsprüfungen BP und Höhern eidgenössische Fachprüfungen HFP immer mehr benachteiligt. Mittlerweile haben sich nicht nur alle Bildungsanbieter, sondern auch der Schweizerische Gewerbeverband und der Schweizerische Arbeitgeberverband für eine solche Aufwertung der immer bedeutsameren Höhern Berufsbildung ausgesprochen.

Darüber hinaus geht es um die Ungleichheit in der Studienfinanzierung, denn ein HBB-Studiengang kann für den Absolventen und/oder seinen Arbeitgeber gut und gerne 8000 bis 10'000 Franken pro Jahr kosten, während ein gleichaltriger Uni-Student 1500 Franken Studiengebühren zahlt.

Man sagt, der oberste Chef, Bundesrat Johann Schneider-Ammann, hätte gewünscht, die HBB aufzuwerten (wobei der Verwaltung nie klar ist, wie präzise und dezidiert seine „Wünsche“ gemeint sind).

Was machte das SBFJ mit diesem Entscheidbedarf? Eine neue Projektleitung unter einem früheren Stabsmann, Rémy Huebschi, wurde eingesetzt, unter Ausschaltung der bisherigen HBB-Verantwortlichen. Huebschi soll jetzt auch als Quereinsteiger das neue Ressort HBB leiten. Eine externe Steuergruppe wurde zur Begleitung beigezogen. Als erstes erteilte man neue externe Studienaufträge. So ist es in der Verwaltung: Wenn man nicht entscheiden kann oder Zeit schinden will, gibt man externe Studien bei Beratungsfirmen in Auftrag. (Der Schreibende war Insider im Volkswirtschaftsdepartement und weiss, wovon er spricht.)

Als erstes begann man mit einem teuren Studienauftrag an Ecoplan für eine Befragung von HR-Verantwortlichen in Firmen zur Positionierung der HBB. Volle 120 Studienseiten wurden abgeliefert. Erkenntniswert der Umfrage: praktisch null! Viele befragte HR-Verantwortlichen in Grossfirmen kennen nämlich die Höhere Berufsbildung nicht und sie können sie auch nicht richtig einordnen – was übrigens wiederum die Folge davon ist, dass kein einheitlicher, übergeordneter Titel für die HBB besteht.

Sodann wurde bei der Zürcher Fachhochschule, konkret bei der School of Management of Law der ZHAW, eine weitere Studie zur „Klärung des Begriffs Professional Bachelor“ in Auftrag gegeben. Eine Recherchierperson vom Stab „Business Intelligence“, Erica Lopez, war mit der brisanten Analyse beauftragt. Kein Wunder, dass die Fachhochschulfrau in der Frage der Titeleinstufung des „Professional Bachelor“ zum ablehnenden Schluss kommt: „Eine zusätzliche Verwendung des Begriffs für die Abschlüsse der höhern Berufsbildung würde die Trennung zwischen Fachhochschulen und den Höhern Fachschulen in der Schweiz verwässern.“

Dies ist eine rein standespolitische Folgerung der Fachhochschule und keinen wissenschaftlichen Gehalt. Die Studienleiterin konnte ihre Blankobehauptung weder mit der Einstufung der Titel nach dem Europäischen Qualifikationsrahmen noch mit irgendwelchen Fachkenntnissen über die Bedeutung der HBB für den Technologietransfer und den Arbeitsmarkt untermauern. Ein reines Gefälligkeitsgutachten, das angesichts der unerschweligen Konkurrenzsituation zwischen Fachhochschulen und Höheren Fachhochschulen vom SBFI-Projektleiter völlig inkompetent placiert worden war.

### **Standespolitische Gegnerschaft gegen Höhere Berufsbildung**

Je mehr sich Fachhochschul-Abteilungen von der Praxis wegbewegen und den Universitäten nacheifern, desto mehr kommen deren Absolventen auf dem Arbeitsmarkt in den Clinch. Der Interessenvertreter der Fachhochschulabsolventen-Vereinigung, Nationalrat Christian Wasserfallen, kämpft aus standespolitischen Gründen verbissen gegen die Aufwertung der Höheren Berufsbildung – und im Grunde gegen das Berufsbildungssystem als Ganzes. Als Flucht nach vorn fordert er jetzt das Promotionsrecht (Recht, den Dokortitel zu verleihen) für die Fachhochschulen....

Als neusten Forschungsgag hatten die SBFI-Verantwortlichen vorgesehen, zum Thema „Professional Bachelor“ noch eine Umfrage bei den Schweizer Botschaften im Ausland durchzuführen. Ausgerechnet bei den Diplomaten, die kaum eine Ahnung vom schweizerischen Berufsbildungssystem haben! Eine solche Übung ist dem SBFI von allen Fachleuten an einer sogenannten Echo-Tagung ausgeredet worden. Demgegenüber haben deren Teilnehmer unisono vom SBFI die rasche Anerkennung des „Professional Bachelor“ auf Gesetzes- oder Verordnungsstufe gefordert. Einzig zwei entsandte Beauftragte von Wasserfallens Fachhochschulvereinigung stellten sich dagegen.

In den benachbarten, klassischen Berufsbildungsländern Deutschland und Oesterreich wird ein Titel „Bachelor Professional“ für die Ausbildung, die der hiesigen HBB entspricht, von Wirtschaftsverbänden und Industrie- und Handelskammern ebenfalls gefordert. Unserem Wirtschafts- und Bildungsminister ist anzuraten, mit den zuständigen Ministern der beiden Nachbarländer möglichst rasch gemeinsam eine Titelanerkennung für die HBB auszuhandeln. Die Standespolitik und das Bologna-Korsett der Hochschulen darf für diese Aufwertung des Berufsbildungssystems kein Hinderungsgrund sein.

Rudolf Strahm